



**Arbeitsgruppe Anerkennung –
gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V.
(AGA)**

9. Juli 2013

Bundeskanzleramt
Herrn Dr. Christian Nell

11012 Berlin

- Bezug: Unser Appell an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 27.04.2013
- Betr.: Ihre Antwort vom 3. Juni 2013

Sehr geehrter Herr Nell,

wir danken Ihnen für Ihre Antwort auf unseren o.a. erinnerungspolitischen Appell an die Bundeskanzlerin.

Allerdings empfinden wir die beiden ersten Abschnitte Ihrer Erwiderung als dem Sachverhalt nicht angemessen und daher enttäuschend. Wir möchten dies begründen:

Die Fachwissenschaftler – also Genozidforscher und Historiker – haben ihre Arbeit längst erledigt, so dass nach der Erforschung des Holocaust der osmanische Genozid an über drei Millionen Christen und namentlich der Genozid an den Armeniern osmanischer Staatszugehörigkeit heute zu den am umfassendsten dokumentierten und aufgearbeiteten Fallbeispielen für Völkermord gehört. Wie wir bereits in unserem Appell hervorgehoben haben, bildet dieser Völkermord neben dem Holocaust die empirische Grundlage der UN-Genozid-Konvention; ihr Autor Raphael Lemkin hat dies bei verschiedenen Anlässen selbst betont. Der größte Berufsverband von Genozidforschern, die International Genocide Association, hat seit 1997 in Resolutionen und Offenen Briefen hervorgehoben, dass Armenier, Aramäer/Assyrer und Griechen osmanischer Staatszugehörigkeit Opfer staatlich geplanter und organisierter Vernichtung geworden sind.¹

Daher ist uns unverständlich, warum die Bundesregierung weiterhin die wissenschaftlichen Ergebnisse jahrzehntelanger Forschung nicht zur Kenntnis nehmen will und stattdessen an der Fiktion zwischenstaatlicher Aufarbeitung festhält. Wie Sie bestimmt wissen, vertritt die Republik Armenien nur etwa ein Drittel der weltweiten armenischen Bevölkerung von über neun Millionen

¹ Zum Beispiel: <http://www.aga-online.org/news/detail.php?locale=de&newsId=242>
http://www.aga-online.org/news/attachments/INTERNATIONAL%20ASSOCIATION%20OF%20GENOCIDE%20SCHOLARS_Offener%20Brief.pdf

Menschen. Die meisten Nachfahren armenischer Völkermordüberlebender leben nicht in Armenien und fühlen sich von der Republik Armenien in dieser Frage nicht vertreten.

Zudem haben die im Oktober 2009 mit großen Medienaufwand angekündigten „armenisch-türkischen Protokolle“ zu keinerlei Ergebnissen geführt bzw. wurden von der Türkei bereits im Frühjahr 2010 abgebrochen.² Ganz abgesehen davon müssen wir auch fragen, ob Sie uns – deutschen Staatsbürgern armenischer, aramäischer und griechisch-kleinasiatischer Abstammung – ernsthaft den Ratschlag erteilen, mit dem autoritären Regierungschef T.R. Erdoğan über die Faktizität des Genozids und seiner Folgen zu verhandeln? Bekanntlich ist der türkische Ministerpräsident nicht in der Lage, mit der protestierenden Hälfte seines eigenen Volkes einen Dialog zu führen. Als BundesbürgerInnen ist unser Ansprechpartner ohnehin nicht die Regierung der Republiken Türkei oder Armenien, sondern die Bundesregierung.

Sie erwähnen ferner die Förderung von Initiativen zur Förderung der gemeinsamen armenisch-türkischen Aufarbeitung. Hier würden uns Einzelheiten interessieren. Die Öffnung staatlicher Archive kann jedenfalls nicht als Fördermaßnahme bezeichnet werden, sondern stellt eine Selbstverständlichkeit da, zu der die Bundesrepublik – wie alle übrigen Staaten – aufgrund internationaler Archivabkommen spätestens 50 Jahren post factum verpflichtet ist.

Uns freut, dass Sie im letzten Abschnitt Ihres Schreibens bestätigen, dass die Entscheidung über die Errichtung von Gedenkstätten in die kommunale Kompetenz fällt. Wir vermissen allerdings eine Aussage zu unseren Bitten, in der schulischen Unterrichtung über Völkermord auch das osmanisch-türkische Beispiel einzuschließen sowie qualifizierte Völkermordleugnung generell unter Strafe zu stellen.

In der Erwartung, dass die Bundesregierung ihre erinnerungspolitische Position bis 2015 überdenken möge, verbleiben wir

Hochachtungsvoll
i.A. der unterzeichnenden Organisationen



(Dr. Tessa Hofmann)

(in alphabetischer Folge): Arbeitsgruppe Anerkennung (AGA) e.V. - Armenische Gemeinde zu Berlin e.V. - Armenischer Kirchen- und Kulturverein Berlin e.V. - Assyrische Demokratische Organisation, Sektion Mitteleuropa e.V. - Bundesverband der Aramäer in Deutschland e.V. - DurDe-Initiative Deutschland --- Verband der Vereine der Griechen aus Pontos in Europa e.V. (OSEPE)

² Zur Kritik vgl. <http://www.aga-online.org/news/detail.php?locale=am&newsId=333>